



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Michael Busch, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

### **Chaos für Familien und Kitas beenden – mit Verlässlichkeit und Planungssicherheit aus der Krise**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der Corona-Lockerungen verlässliche und klare Perspektiven für die bayerischen Familien und ihre Kinder sowie die Kindertageseinrichtungen und ihre Träger zu schaffen.

Hierfür werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Die Rückkehr aller Kinder in die Kindertagesbetreuung nach den Pfingstferien unter Berücksichtigung von Hygiene- und Schutzkonzepten sowie des Gesundheitsschutzes des Kita-Personals
- Eine verlässliche Kita-Finanzierung, die den veränderten Umständen Rechnung trägt
- Die Erstattung der Elterngebühren für Träger in auskömmlichem und möglichst differenziertem Rahmen – für die gesamte Zeit der Betretungsverbote und in einer Höhe, die die Einrichtungen nicht in ihrer Existenz gefährdet
- Die Etablierung einer frühzeitigen Kommunikation mit den Einrichtungen und Trägern, um Änderungen mit ausreichendem Vorlauf vor Ort umsetzen zu können

### **Begründung:**

Die derzeitige Krisenpolitik der Staatsregierung im Bereich der Kinderbetreuung hat in den vergangenen Wochen zu einem Regelungs- und Finanzierungschaos in den bayerischen Kitas geführt und Eltern und ihre Kinder vielerorts durch ungewisse Zukunftsperspektiven vor große Herausforderungen gestellt.

Während für die bayerische Wirtschaft umgehend Sofortmaßnahmen aufgelegt wurden, hängen Eltern seit mittlerweile knapp zwei Monaten in der Luft, knapp zwanzig Prozent von ihnen haben noch immer keine verlässliche Auskunft darüber, wie es bei der Betreuung ihrer Kinder weitergehen soll. Dies belastet nicht nur die Familien, sondern ist auch mit Blick auf das Kindeswohl und die kindliche Entwicklung gerade in den ersten Lebensjahren nicht länger hinnehmbar. Da wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hinweisen, dass von Kindern ein geringeres Infektionsrisiko ausgeht als ursprünglich gedacht, ist eine Öffnung der Kitas für alle Kinder vertretbar.

Die schrittweise Ausweitung der Notbetreuung ist auch für die Kitas und ihre Träger eine große Belastung: Nicht nur, dass die Handreichungen der Staatsregierung stets mit so geringem zeitlichen Vorlauf bei den Kitas eintreffen, dass die Umsetzung für die Einrichtungen zum Kraftakt wird, auch die ungewisse Finanzierungslage – beispielsweise durch Veränderungen im Anstellungsschlüssel durch die neuen Vorgaben zur

Gruppenbildung, die fehlende Möglichkeit, Kitaplätze nach Kündigung oder aufgrund nicht stattfindender Eingewöhnung neu zu besetzen oder der von der Staatsregierung geplante Elternbeitragsersatz mit nicht auskömmlichen Pauschalen – sorgt bei vielen Trägern für große Sorge. Ebenso bei den Beschäftigten, denen bei Finanzierungsproblemen ihres Trägers Kurzarbeit droht. Dazu kommt die ständige Sorge um die eigene Gesundheit, da sich die Staatsregierung nicht in der Verantwortung sieht, auch die Kitas, die maßgeblich zum Systemerhalt in den vergangenen Wochen beigetragen haben, mit Schutzkleidung und Corona-Tests auszustatten.

Die Staatsregierung muss die Sorgen von Eltern und Kitas dringend ernst nehmen und einen Fahrplan auflegen, der gerade in einer unübersichtlichen Krisensituation für größtmögliche Verlässlichkeit sowie Planungssicherheit sorgt. Ziel muss es sein, die vielfältige Betreuungslandschaft Bayern umfassend zu erhalten, Beschäftigte in den Kitas bestmöglich zu schützen und Kindern wieder die frühkindliche Bildung zu ermöglichen, die ihnen zusteht.